

Brüderle und Röttgen legen CCS-Gesetzentwurf vor

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) haben sich auf einen ressortübergreifenden Entwurf für ein CCS-Gesetz geeinigt. Damit soll die europäische CCS-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt und Planungssicherheit für die Erforschung und Entwicklung der CCS-Technologie in Deutschland hergestellt werden.

Norbert Röttgen zum CCS-Gesetzentwurf: *"Mit diesem Gesetzentwurf wird ein rechtlicher Rahmen für die Erprobung der CCS-Technologie geschaffen. Dies ist ein wichtiger Beitrag für mehr Klimaschutz am Industriestandort Deutschland."*

Lesen Sie dazu mehr in unserem Leitartikel.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der aktuellen Ausgabe des IZ Klima-Newsletters, dem "ccsmonitor 07 | 2010", informieren wir Sie über den gemeinsam von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle und Bundesumweltminister Norbert Röttgen vorgelegten Entwurf eines CCS-Gesetzes sowie über die Reaktionen von Bundesländern, Verbänden und NGOs auf den Gesetzesentwurf.

Unter der Überschrift "Energy Technology Perspectives 2010" finden Sie den gleichnamigen Bericht der Internationalen Energie Agentur (IEA), der am 7. Juli 2010 vom Direktor der IEA Nobuo Tanaka im Bundeswirtschaftsministerium vorgestellt wurde. Wir haben für Sie sowohl die englische Komplettfassung als auch die deutsche Zusammenfassung bereitgestellt.

Außerdem informieren wir Sie auf unserer Internetseite über das Positionspapier des Bundes für Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zur CCS-Technologie, dem eine Stellungnahme der norddeutschen Wasserwirtschaft vorausgegangen war.

Unter der Rubrik "Kurz und bündig" finden Sie in gewohnter Weise weitere themenrelevante Meldungen sowie unter "Termine" Hinweise auf interessante Veranstaltungen.

Mit besten Grüßen,
Ihr Team vom IZ Klima

Leitartikel



Ministerien einigen sich auf Eckpunkte eines CCS-Gesetzes

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) und Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen (CDU) haben sich auf Eckpunkte eines gemeinsamen Entwurfs für ein CCS-Gesetz geeinigt. Das gaben die Minister auf einer Pressekonferenz in Berlin bekannt.

Mit dem ressortübergreifenden Entwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) soll die europäische CCS-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden. Bereits im letzten Jahr gab es einen ersten Anlauf für ein Gesetz zur Regelung der Abscheidung und unterirdischen Speicherung von CO₂. Dieser war allerdings an politischen Widerständen in der CDU-Fraktion gescheitert.

Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht, so Brüderle und Röttgen, wolle man die für die Realisierung von Demonstrationsvorhaben notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Im Jahr 2017, so die Minister, werde das Gesetz umfassend evaluiert. Falls das Ergebnis positiv aus, könne CCS in größerem Umfang genutzt werden. Die Eckpunkte des gemeinsamen CCS-Gesetzesentwurfes sehen vor, dass die jährliche Speichermenge an CO₂ bundesweit acht Millionen Tonnen Kohlendioxid nicht überschreiten darf. Pro Speicher und Jahr ist ein Maximalspeichervolumen von drei Millionen Tonnen CO₂ vorgesehen. Betroffene Kommunen sollen einen finanziellen Ausgleich erhalten. Durch die Ansparung eines Nachsorgebeitrages seitens der Speicherbetreiber soll zudem eine wirksame Absicherung gegenüber möglichen langfristigen Risiken sichergestellt werden.

Bundesminister Röttgen betonte die Bedeutung der CCS-Technologie für den Klimaschutz: *„Mit diesem Gesetzesentwurf wird ein rechtlicher Rahmen für die Erprobung der CCS-Technologie geschaffen. Dies ist ein wichtiger Beitrag für mehr Klimaschutz am Industriestandort Deutschland.“* Außerdem, so der Bundesumweltminister, werde man die Bedenken und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. *„Wir gehen dabei schrittweise vor und nehmen die Sorgen der Bevölkerung äußerst ernst“.*

Bundesminister Brüderle ging zudem auf das Potenzial von CCS für den Wirtschaftsstandort Deutschland ein: *„Mit unserer Einigung geben wir der deutschen Industrie die Chance, diese Schlüsseltechnologie zügig zu entwickeln und neue Exportchancen global zu nutzen.“*

Die Bevollmächtigte des Landes Brandenburg beim Bund, Staatssekretärin Tina Fischer, begrüßte die Ankündigung der Bundesregierung als *„Schritt in die richtige Richtung“*. Fischer: *„Es ist gut, dass die Bundesregierung damit begonnen hat, die EU-Richtlinie endlich in nationales Recht umzusetzen. Das CCS-Gesetz ist eine entscheidende Voraussetzung für die Umsetzung der Klimaschutzziele in ganz Deutschland. Bei allen Bedenken muss eines immer klar sein: Die neue Technologie ist nicht nur für die Energiewirtschaft, sondern auch für andere energieintensive Industrien eine wichtige Klimaschutzoption. Das Gesetz wird die rechtlichen Grundlagen liefern, um die praktische Erprobung der CCS-Technologien weiter voranzubringen. Wir dürfen Deutschlands Technologieführerschaft auf diesem Gebiet nicht aufs Spiel setzen, sondern müssen sie weiter ausbauen. Das ist zum Nutzen des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Ich hoffe, dass das Gesetz nun auch zügig verabschiedet wird.“*

Ebenso positiv hat der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein e. V. (DEBRIV) den gemeinsamen Entwurf für ein CCS-Gesetz bewertet. Damit werde der Weg für das Erreichen der Klimaziele und für den Erhalt eines breiten Energiemixes bereitet. Außerdem, so der DEBRIV, könne so die fristgerechte Umsetzung der europäischen CCS-Richtlinie in nationales Recht sichergestellt werden. Die im Gesetzesentwurf festgeschriebene Mengenbegrenzung wird vom DEBRIV begrüßt. So könne *„eine neue Technologie mit Augenmaß und Schrittweise erprobt werden“*.

Auch der Vorstandsvorsitzende von IZ Klima e. V. Klaus von Trotha begrüßte die Ressorteinigung des BMWi und des BMU zum CCS-Gesetz. *„Wir brauchen dringend einen tragfähigen rechtlichen Rahmen, um das erhebliche Klimaschutzpotential dieser innovativen Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂-Emissionen aus Industrieanlagen und Kraftwerken in Deutschland weiter zu entwickeln und zu erproben. Wenn wir das von Politik und Wissenschaft postulierte Klimaschutzziel einer Senkung der CO₂-Emissionen bis 2050 um bis zu 85 Prozent wirklich erreichen wollen, werden wir auch in Deutschland nicht auf CCS verzichten können. Die CCS-Technologie ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Klimaschutzmaßnahmen, die global und national ergriffen werden müssen. Deutschland ist in der Entwicklung der Technologie derzeit noch führend, jetzt kommt es aber darauf an, zu demonstrieren, dass die Prozesskette*

aus CO₂-Abscheidung, Transport und Speicherung sicher und zuverlässig funktioniert. Dann können wir CCS für unsere Wirtschaft nutzen, aber auch erfolgreich exportieren.“

Sowohl die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen als auch die der Linken äußerten sich kritisch zu den Plänen der Bundesregierung. Oliver Krischer, Sprecher für Energie- und Ressourceneffizienz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag appellierte an die Bundesregierung, sie solle die EU-Förderung besser für die notwendige Forschung an erneuerbaren Energien und zur Vermeidung prozessbedingter Emissionen, wie etwa in Stahl- und Zementwerken, einsetzen. Die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linken im Bundestag, Eva Bulling-Schröter, bezeichnete das von der Bundesregierung geplante CCS-Gesetz als „energiepolitischen Unfug“, mit dem nur die „Kohle-Ära verlängert werden solle“.

Auch der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschlands (BUND) und Greenpeace kritisierten den Gesetzesentwurf. Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND bezeichnet CCS als „Feigenblatt-Technologie“. So solle „die klimaschädliche aber bislang lukrative Kohleverstromung weiter legitimiert“ werden. „Für eine zukunftsfähige Energiepolitik ist CCS überflüssig und das muss die Regierung auch in ihrem Energiegesamtkonzept berücksichtigen“, so Weiger. Greenpeace warf Brüderle und Röttgen vor, die Öffentlichkeit mit der Bezeichnung Forschungs- und Erprobungsgesetz zu täuschen. Mit dem Gesetzesentwurf, so Greenpeace, werde „der großtechnische kommerzielle Einstieg in die CO₂-Verpressung vorbereitet“.

In den jetzt anstehenden Beratungen des Gesetzesentwurfes werden auch Länder und Verbände beteiligt, danach verabschiedet das Kabinett das Gesetz voraussichtlich im September. Danach folgt der parlamentarische Abstimmungsprozess. Mit einer abschließenden Entscheidung wird Ende des Jahres gerechnet.

» [Weiterführende Verlinkungen finden Sie in der News auf unserer Homepage.](#)

"Energy Technology Perspectives 2010"



IEA-Direktor Nobuo Tanaka: Klimaschutz braucht CCS

Der Direktor der Internationalen Energieagentur (IEA) Nobuo Tanaka hat am 7. Juli 2010 im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) in Berlin den Bericht "Energy Technology Perspectives 2010" vorgestellt. Die Studie belegt, dass sich die Dekarbonisierung sowohl des Energie- als auch des Industriesektors nur durch das Zusammenspiel aller Klimaschutzmaßnahmen erreichen lässt. Lesen Sie im Bericht der IEA, welches Potenzial CCS für das Erreichen der globalen CO₂-Reduktionsziele besitzt.

» [Energy Technology Perspectives 2010](#)

Aktuelle Positionen



BDEW legt Positionspapier zu CCS vor

Energie. Wasser. Leben.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat ein Positionspapier

zu CCS vorgelegt. Dem Papier mit dem Titel "*Umsetzung der EU-CCS-Richtlinie in Deutschland: Klimaschutz durch Transport- und Speicherinfrastruktur für CO₂*" war eine Stellungnahme der norddeutschen Wasserwirtschaft vorausgegangen, in der vor allem auf Risiken einer Speicherung von CO₂ in salinen Aquiferen abgehoben wurde.

In dieser öffentlich mehrfach kommunizierten Stellungnahme wurde insbesondere die Sorge thematisiert, dass das in den salinen Aquiferen befindliche Porenwasser (salines Tiefenwasser) im Zuge der CO₂-Speicherung "*durch den entstehenden Kontakt mit den nicht auszuschließenden grundwasserschädigenden Beimengen [im CO₂]*" verunreinigt werden könnte. Außerdem könne es durch die Speicherung des CO₂ zu einer Druckerhöhung im Bereich der Speicherstrukturen und im weiteren Verlauf zu einer Verdrängung des dort befindlichen salinen Tiefenwassers kommen. Diese Sorgen wurden offensiv von Vertretern der norddeutschen Wasserwirtschaft gegen die Entwicklung von CCS eingewandt.

In dem nun herausgegebenen Positionspapier des BDEW stellt dieser für den Gesamtverband klar: *„Der BDEW begrüßt die Umsetzung der CCS-Richtlinie in deutsches Recht. Die CCS-Technologie ist eine wichtige Möglichkeit, die Anforderungen des Klimaschutzes mit der notwendigen Energieversorgungssicherheit zu vereinbaren.“ Und weiter heißt es: „Die Unternehmen im BDEW bekennen sich zur ihrer Verantwortung, einen maßgeblichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.“*

Neben dem klaren Bekenntnis, die Erforschung und Erprobung der CCS-Technologie zu unterstützen, geht der BDEW in seiner Stellungnahme auch auf die verschiedenen Aspekte – unter anderem die Sicherstellung des Grundwasserschutzes – bei der Umsetzung der CCS-Richtlinie ein.

» [Lesen Sie hier das Positionspapier des BDEW.](#)

Kurz und bündig

Internationale Kooperation für den Klimaschutz

Im Rahmen des 1. Clean Energy-Ministertreffens vom 19. bis 20. Juli 2010 in Washington haben Vertreter aus 24 Staaten mehrere Initiativen zur Förderung einer klimafreundlichen globalen Energieversorgung ins Leben gerufen. Mit Hilfe der internationalen Kooperation sollen unter anderem die Entwicklung und Implementierung von Programmen für Energieeffizienz, Elektromobilität, erneuerbare Energien sowie Abscheidung und Speicherung von CO₂ mit Hilfe der CCS-Technologie gefördert werden.

Steven Chu, Energieminister der USA, bewertete die Zusammenkunft zu diesen Themen als wichtigen Schritt in die richtige Richtung. *„Diese Schritte“,* so Chu, *„werden das Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplätze schaffen und die Treibhausgasemissionen senken“.* Chu zeigte sich überzeugt, dass internationale Kooperationen mit Blick auf den weltweiten Klimaschutz effektiver als nationale Alleingänge seien.

Der diesjährigen interministeriellen Zusammenkunft in Washington war im letzten Jahr bereits das Major Economic Forum on Energy and Climate in Italien vorausgegangen. Dort hatten die Europäische Kommission und 16 weitere Staaten über Maßnahmen zur drastischen Reduzierung der Treibhausgasemissionen sowie die Verdopplung der Investitionen in Klimaschutztechnologien diskutiert, konnten sich aber abschließend auf keine entsprechende Verpflichtung einigen.

An dem diesjährigen Clean Energy-Ministertreffen in Washington nahmen Vertreter aus Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, China, Dänemark, Deutschland, der Europäischen Kommission, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Korea, Mexiko, Norwegen, Russland, Südafrika, Spanien, Schweden, den USA sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten teil. Die 24 teilnehmenden Staaten sind für 70 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Insgesamt wurden elf Initiativen und Programme in den Bereichen **„Global Energy**

Efficiency Challenge“, „Clean Energy Supply“ und „Clean Energy Access“ installiert. Im Folgenden finden Sie eine Übersicht der den verschiedenen Bereichen zugeordneten Initiativen:

Global Energy Efficiency Challenge

Die **„super-efficient equipment and appliance deployment initiative“** hat sich die Förderung von Endgeräten mit hoher Energieeffizienz zum Ziel gesetzt. Dabei sollen Anreizprogramme und Energieeffizienzstandards bei der Markteinführung und Verbreitung helfen. Im Rahmen der Initiative **„Global Superior Energy Performance Partnership“**, der neben Staaten auch Unternehmen und das Massachusetts Institute of Technology (MIT) angehören, sollen Technologien und Lösungen entwickelt werden, mit denen die Energiebilanz auf dem Gebäude- und Industriesektor deutlich verbessert werden kann. Aktuell entfallen circa 60 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs auf diese Bereiche.

Der Förderung intelligenter Netze, sogenannter „smart grids“, hat sich das **„International Smart Grid Action Network“** verschrieben. Mit Hilfe von Städtepartnerschaften und dem Austausch von Erfahrungen soll im Rahmen der **„The Electric Vehicles Initiative“** die Elektromobilität gefördert werden. Die Internationale Energieagentur (IEA) will zudem gemeinsam mit den USA und weiteren Staaten das **„Clean Energy Solutions Center“** aufbauen, um die verschiedenen nationalen Maßnahmen und energiepolitischen Instrumente besser koordinieren zu können.

Clean Energy Supply

Die **„Carbon Capture, Use and Storage Action Group“** soll einen Plan zur Implementierung einer weltweiten CCS-Infrastruktur bis 2020 erarbeitet werden. Ein entsprechendes Papier soll auf der Folgekonferenz in den Vereinigten Arabischen Emiraten im nächsten Jahr vorgestellt werden. Chris Huhne, Minister für Energie und Klima von Großbritannien und Ausrichter des übernächsten Treffens im Jahr 2012, zeigte sich mit Blick auf das Potenzial von CCS für den weltweiten Klimaschutz optimistisch. *„CCS könnte mit einem Anteil von 20 Prozent an den bis 2050 notwendigen CO₂-Reduktionsraten einen entscheidenden Beitrag bei der Bekämpfung des Klimawandels leisten. Jedes Jahr, das wir verlieren, erhöht den Anteil an alter Technologie, die wir aufgrund ihres hohen CO₂-Ausstoßes eigentlich loswerden wollen.“* Deshalb brauche man bis 2020 weltweit 100 CCS-Projekte, so Huhne weiter

Die **„Multilateral Solar and Wind Working Group“**, die von Deutschland und Dänemark geleitet wird, plant die Erstellung einer Übersicht, auf der weltweit alle Wind- und Solarkapazitäten verzeichnet werden sollen. Außerdem, so Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), werde ein entsprechender Atlas bereits bestehende Daten integrieren. Brasilien, Frankreich, Mexiko und Norwegen führen die Initiative **„Sustainable Development of Hydropower Initiative“** an, die die Entwicklung wirtschaftlicher Energiegewinnung aus Wasserkraft vorantreiben soll. Außerdem arbeitet Brasilien gemeinsam mit Italien und Schweden im Rahmen der **„Multilateral Bioenergy Working Group“** an der Entwicklung von Technologien zur Energiegewinnung aus Biomasse.

Clean Energy Access

Mit dem **„The Solar and LED Energy Access Program“** soll die Situation für die weltweit 1,6 Milliarden Menschen verbessert werden, die immer noch über keinen Zugang zu Elektrizität verfügen. Ziel ist die Verbreitung von erschwinglichen, sauberen und vom Elektrizitätsnetz unabhängigen Haushaltsgeräten. Zunächst sollen auf fossilen Brennstoffen basierende Lichtquellen gegen solar-betriebene LED-Leuchten ausgetauscht werden.

Die **„Clean Energy Education and Empowerment (C-3E) Women`s Initiative“** soll Frauen im Rahmen ihrer Berufswahl bestärken, sich auf dem Gebiet der klimafreundlichen Energien zu engagieren.

» [Weiterführende Verlinkungen finden Sie in der News auf unserer](#)

Brandenburgische Landesregierung gründet CCS-Beirat

Auf Initiative der Landesregierung Brandenburg hat sich am 7. Juli 2010 in Potsdam der CCS-Beirat gegründet. Dieser soll im Vorfeld der geologischen Erkundungen in den Landkreisen Märkisch-Oderland und Oder-Spree für mehr Transparenz sorgen.

Dem Beirat gehören zehn stimmberechtigte Mitglieder aus den Bürgerinitiativen, Kreistagen, Landratsämtern, Bauernverbänden und der Industrie- und Handelskammer (IHK) Ostbrandenburg an. Weitere beratende Mitglieder werden aus dem Wirtschaftsministerium, Naturschutzorganisationen, der Kirche sowie dem Landesamt für Bergbau entsandt. Außerdem ist der Energiekonzern Vattenfall als Antragsteller für die seismischen Erkundungen im Beirat ebenfalls mit beratender Stimme vertreten.

Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, verspricht sich von der Arbeit des Beirates *„trotz unterschiedlicher Auffassungen zur unterirdischen Speicherung von CO₂“* einen intensiven Dialog und den Austausch von Informationen. Eine grundsätzliche Entscheidung, ob das CO₂ tatsächlich gespeichert werde, so der Minister, werde es aber erst dann geben, wenn die Ergebnisse der Erkundungen vollständig zur Verfügung stünden. Nach der Vorstellung Christoffers soll der Beirat sowohl das Genehmigungsverfahren als auch die Auswertung der Ergebnisse der geologischen Erkundungen begleiten.

Ralf Stumpe, Sprecher der Bürgerinitiative „Co₂ntra Endlager“ hat unterdessen Kritik an der Zusammensetzung des Beirates geübt. Der überwiegende Teil der Mitglieder des Beirates, so Stumpe, seien Befürworter der CCS-Technologie. Kritiker und die betroffenen Kommunen hingegen seien kaum vertreten. Das Ministerium Christoffers bedauerte die Absage der Bürgerinitiative.

Kritik an der Zusammensetzung des Beirates übte auch der energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag Steeven Bretz. Die Idee eines Beirats sei zwar zu begrüßen, mit Blick auf die Mitgliedschaft sei die Opposition allerdings *„außen vorgelassen“* worden. Die Grünen im Brandenburger Landtag forderten den Beirat auf, die offenen Fragen einer möglichen CO₂-Speicherung zu klären und warnten gleichzeitig, den Beirat ausschließlich als *„bloßen Akzeptanzbeschaffer“* zu nutzen.

» [Weiterführende Verlinkungen finden Sie in der News auf unserer Homepage.](#)

Rot-Grün in NRW plädiert für weitere Erforschung und Entwicklung von CCS

In ihrem Koalitionsvertrag sprechen sich SPD und Bündnis90/Die Grünen für die weitere Erforschung und Entwicklung der CCS-Technologie aus. Konkret heißt es, dass *essinnvoll sei, „die CCS-Technologie zu erforschen und zu erproben, auch um eine Option zur Beseitigung von prozessbedingten Emissionen aus Stahl-, Zement-, Chemieindustrie, usw. zu erhalten, die in Deutschland etwa acht Prozent der CO₂-Emissionen ausmachen“.*

Mit Blick auf eine anzustrebende *„CO₂-freie Wirtschaft“*, so die Landesverbände von SPD und Bündnis90/Die Grünen, sei für die Verminderung industriell bedingter CO₂-Emissionen der Einsatz der CCS-Technologie alternativlos. Auch auf eine mögliche spätere Nutzung des abgeschiedenen CO₂ geht der Koalitionsvertrag ein. Dort heißt es: *„Deshalb sehen wir eine Perspektive für NRW darin, die Abscheidung von CO₂ und seine anschließende Wiederverwertung in Verbindung mit CO₂-intensiven industriellen Produktionsprozessen weiter zu entwickeln“.* NRW biete hierfür mit seiner Industrie, seinem Know-how und seiner breit aufgestellten chemischen Industrie optimale Voraussetzungen.

» [Weiterführende Verlinkungen finden Sie in der News auf unserer Homepage.](#)

EU-Kommission komplettiert Regelung für geologische CO₂-Speicherung

Die Europäische Kommission hat am 8. Juni 2010 detaillierte Leitlinien für das Monitoring und die EU-weit einheitliche Kontrolle von geologisch gespeicherten CO₂-Emissionen verabschiedet. Damit vollzieht die Kommission einen weiteren entscheidenden regulatorischen Schritt zur sicheren Einführung der Carbon Capture and Storage (CCS)-Technologie, mit deren Hilfe es zukünftig gelingen soll, den CO₂-Ausstoß großer industrieller Anlagen und Kraftwerke in der EU weiter zu verringern und damit die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen.

Zwar sind bereits durch die 2009 in Kraft getretene CCS-Richtlinie entsprechende Umweltkontrollen vorgeschrieben, und auch die Nutzung der CCS-Technologie wird bereits im Rahmen der überarbeiteten Richtlinie zur Ausgestaltung der dritten Phase des europäischen Emissionshandelssystems (ETS) berücksichtigt. Dennoch wurden für die operative Einbindung der CCS-Technologie in das ETS-System detaillierte Monitoring- und Berichtsvorschriften benötigt, um die genaue Quantifizierung der Emissionen entlang der gesamten CCS-Prozesskette sicherstellen zu können. Technisch werden die vorgelegten Leitlinien derzeit allerdings noch nicht benötigt, da sie erst mit Beginn der dritten Phase des europäischen Emissionshandelssystems ab 2013 relevant werden. Die EU-Kommission weist aber in der begleitenden Pressemitteilung darauf hin, dass die entsprechenden Leitlinien bereits jetzt veröffentlicht wurden, um frühzeitig regulatorische Sicherheit zu schaffen.

Die veröffentlichten Leitlinien sollen die frühere Entscheidung der Kommission (2007/589/EC) aus dem Jahre 2007, in der bereits spezifische Anforderungen an Monitoring und Berichterstattung für den Betrieb von Anlagen im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems (ETS) definiert wurden, mit aktuellen Regelungen hinsichtlich des Einsatzes von CCS ergänzen.

» [Weiterführende Verlinkungen finden Sie in der News auf unserer Homepage.](#)

Die nächsten Termine

22. bis 27. August 2010

International Interdisciplinary CCS Summer School 2010

Ort: Loneyarbyen, Norwegen

»[Weitere Informationen](#)

6. bis 7. September 2010

5. Deutscher Energiekongress Energiewirtschaft im Wettbewerb

Ort: München, Deutschland

»[Weitere Informationen](#)

15. bis 19. September 2010

CLEAN TECH WORLD

Ort: Berlin, Deutschland

»[Weitere Informationen](#)

So erreichen Sie uns

IZ Klima – Informationszentrum klimafreundliches Kohlekraftwerk e.V.
Markgrafenstraße 35
10117 Berlin
Tel (030) 20 61 37 89 - 0
Fax (030) 20 61 37 89 - 9

info@iz-klima.de | www.iz-klima.de

Herausgeber: IZ Klima e.V.,

V.i.S.d.P.: Michael Donnermeyer, Geschäftsführer IZ Klima e.V.

Vielen Dank für den Bezug unseres Newsletters. Sollten Sie ihn abbestellen wollen, rufen Sie bitte folgende Adresse in Ihrem Browser auf:

» <http://www.iz-klima.de/service/newsletter-service/>

Newsletter-Archiv

Hier finden Sie alle Newsletter in unserem [Archiv](#).

PDF-Version

Eine PDF-Version dieses Newsletters finden Sie [hier](#).